

„Wildwuchs bei Mastställen stoppen“

Opposition fordert wirksame Maßnahmen des Landes – Lob für Kreis Emsland

KOMMENTAR

Situation überdreht

Von Hans Brinkmann

Massentierhaltung – dieses Thema ist im Landtag ein Dauerbrenner wie Atom und Schule. Und das dürfte auch noch lange so bleiben.

Allerdings hat sich die „Gefechtslage“ zwischenzeitlich spürbar verändert. Auch bei CDU und FDP sind verstärkte Bestrebungen erkennbar. Auswüchsen im Agrarbereich einen Riegel vorzuschieben. Das zeigt die Initiative des Landkreises Emsland zum Ausbremsen des Maststallbooms, das offenbart aber auch der Vorstoß von Landesumweltminister Sander, die ausufernde Entwicklung bei Biogasanlagen mit ihren gravierenden Folgen für die Flächennutzung in den Griff zu bekommen.

Tatsächlich ist in einigen Regionen des Landes die Situation so überdreht, dass dem zwingend Einhalt geboten werden muss. Ganze Orte sind von Großmastställen umzingelt; in manchen Gegenden sind drei Viertel der Äcker mit Mais für die hoch subventionierte Erzeugung von Biogas bedeckt. Das ist nicht mehr verträglich.

Fragt sich nur, ob die vorhandenen Instrumente für die Begrenzung von Mastanlagen ausreichend sind (aber erst jetzt von einer Genehmigungsbehörde wie dem Kreis Emsland exzessiv ausgeschöpft werden), oder ob es nicht doch zusätzlicher, landes- und bundesweit gültiger Steuerungsmaßnahmen bedarf.

h.brinkmann@noz.de

Von Hans Brinkmann

HANNOVER. Die Opposition im Niedersächsischen Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, den „Wildwuchs bei Mastställen“ zu stoppen. Zugleich lobten SPD, Grüne und Linke die Initiative des Landkreises Emsland, den Bau neuer Agrarfabriken durch schärfere Auflagen zu bremsen.

Die Oppositionsfraktionen machten das Thema Massentierhaltung gestern zum Gegenstand Dringlicher Anfragen im Parlament. Dabei wollten sie auch wissen, ob die jetzt im Emsland verlangten zusätzlichen Brandschutzmaßnahmen, Keimgutachten und Abstandsregelungen zur Wohnbebauung landesweit Standard werden könnten und sollten.

Sozialministerin Aygül Özkan (CDU) gab dabei in ihrer Zuständigkeit für das Baurecht zu verstehen, dass von fachaufsichtlicher Seite keine Bedenken gegen das restriktive Vorgehen des Kreises Emsland bestünden. Auch andernorts könnten die Genehmigungsbehörden bei der Einzelfallprüfung entsprechend handeln. Landesweite Vorgaben lehnte die Ministerin als unnötig ab.

Dies beurteilten die Oppositionsfraktionen anders. Die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Andrea Schröder-Ehlers, warf der Landesregierung vor, sie lasse die mit einer Flut von Bauanträgen für Mastställe konfrontierten Kommunen „im Regen stehen“. Notwendig seien landes- und bundesweit verbindliche planungsrechtliche Steuerungsinstrumente, um Wildwuchs wirksam zu bekämpfen.

Als Beispiel nannte die SPD-Politikerin gegenüber

unserer Zeitung eine Änderung des Paragraphen 35 des Baugesetzbuches, um privilegierte Bauvorhaben im Außenbereich zu begrenzen. Eine bessere Steuerungsmöglichkeit müsse es im Übrigen auch mit Blick auf Bereiche mit übermäßigem Anteil von Biogasanlagen geben.

In die gleiche Kerbe schlugen Schröder-Ehlers' Kollegen von Grünen und Linken, Christian Meyer und Marianne König. Meyer verwies darauf, dass in Niedersachsen allein im Geflügelbereich im letzten Jahr 297 neue Mastställe mit jeweils über 30 000 Plätzen entstanden seien; rund 380 befänden sich noch im Verfahren. Angesichts solch dramatischer Zahlen müsse die Landesregierung handeln; als eine denkbare Möglichkeit führte der Grünen-Politiker an, per Erlass die verschärften Anforderungen im Emsland landesweit vorzuschreiben.

König forderte von der Landesregierung eine verbindliche Richtlinie mit genauen Anleitungen zur artgerechten Tierhaltung. Sie rief die Landkreise in Niedersachsen auf, ebenfalls die im Emsland angewandten Instrumente zu nutzen.

Auf eine Anfrage zur generellen Bewertung von Massentierhaltung rechtfertigte Agrarministerin Astrid Grotelüschen (CDU) den Betrieb von Großställen. Sie betonte, aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs und des preisbewussten Einkaufsverhaltens der Verbraucher müssten nutztierhaltende Landwirte ihre Betriebskosten optimieren, um wirtschaftlich arbeiten zu können. „Daraus resultieren moderne Tierhaltungsformen.“ Dies sei jedoch keineswegs mit mangelndem Tierschutz gleichzusetzen.